

Stuttgart, 28.09.2009

**Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/-innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung
Ergebnisse aus der zweiten Folgerhebung im Rahmen der Stuttgarter Schulabsolventenstudie**

Mitteilungsvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen	Kenntnisnahme	öffentlich	09.10.2009
Jugendhilfeausschuss	Kenntnisnahme	öffentlich	12.10.2009
Internationaler Ausschuss	Kenntnisnahme	öffentlich	21.10.2009
Schulbeirat	Kenntnisnahme	öffentlich	03.11.2009
Verwaltungsausschuss	Kenntnisnahme	öffentlich	04.11.2009

Bericht:

Mit dieser Vorlage informiert die Verwaltung über

1. die zentralen Ergebnisse der zweiten Folgerhebung im November 2008;
2. die Schlussfolgerungen und Handlungsansätze, die sich daraus ergeben;
3. die weiteren Umsetzungsperspektiven.

I. Ausgangslage

Der Gemeinderat hat Anfang 2007 beschlossen, das Deutsche Jugendinstitut mit der Durchführung einer dreijährigen Studie zu den Übergangsverläufen der Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/-innen von der Schule in den Beruf zu beauftragen (GRDRs 76/2007). Es handelt sich um eine Längsschnittstudie des Abgangsjahrganges 2007 aller Stuttgarter Haupt- und Förderschulen (Ausgangsgröße N=1216). Die Untersuchung gibt auf der Grundlage der Aussagen von Jugendlichen Aufschlüsse darüber, welche Wege Jugendliche nehmen und welche sich dabei als erfolgreich oder als Umwege und Sackgassen erweisen. Die Ergebnisse der Basiserhebung und der 1. Folgebefragung liefern Ansatzpunkte für die Verbesserung der schulischen Berufsvorbereitung (in Partnerschaft zwischen Schule, Berufsberatung, Jugendhilfe und Betrieben) und für die Gestaltung des unmittelbaren Übergangs nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule (GRDRs 807/2007; GRDRs 748/2008).

Die dritte Befragung fand im November 2008 statt. Sie liefert Informationen zum Ausbildungs- und Fachschulsystem sowie zum Berufseinstiegs- und Berufsvorbereitungsjahr (BEJ und BVJ). Insbesondere ergeben sich Aufschlüsse darüber

- wo sich die jungen Menschen im 2. Herbst nach Beendigung der Schule befinden,
- wie das 1. Jahr nach Beendigung der Haupt- und Förderschule verlaufen ist,
- ob sich die Bildungsambitionen der Stuttgarter Hauptschüler/-innen auszahlen,
- ob Ausbildungsverhältnisse stabil verlaufen,
- wie Jugendliche das berufsvorbereitende Jahr im BEJ oder BVJ nutzen konnten.

Abb.: Zeitplan der Stuttgarter Schulabsolventenstudie

(kann aus technischen Gründen nicht abgebildet werden)

II. Zentrale Daten und Ergebnisse der 2. Folgebefragung vom November 2008

0. Repräsentativität und Zusammensetzung

71 % (n=700) der im November 2007 befragten Jugendlichen nahmen ein Jahr später weiter an der Studie teil. Sie setzen sich aus 420 Jungen und 280 Mädchen zusammen. Davon sind 644 Hauptschulabsolvent/-innen und 56 Förderschulabsolvent/-innen. Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt bei 77 %. In der Gruppe der Jugendlichen, die nicht mehr an der Studie teilnehmen, ist keine Verdichtung bezogen auf Geschlecht, Ethnie oder berufliche Pläne festzustellen, so dass hierzu keine Verzerrungen zu berücksichtigen sind.

1. Wo befinden sich die Hauptschulabsolvent/-innen im November 2008?

- Weiterführender Schulbesuch (n=253)
Der Anteil ist mit rund 40 % gleich geblieben. Den Erwerb eines höheren Bildungsabschlusses streben weiterhin überproportional Jugendliche mit Migrationshintergrund an. Davon sind zwei Drittel Mädchen.
- Ausbildung (n=239)
Ein starkes Drittel der Jugendlichen befindet sich mittlerweile in Ausbildung. Der Anteil hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 12 % erhöht. An den Ausbildungsplätzen partizipieren nach wie vor überproportional Jugendliche deutscher Herkunft. 62 % der Jugendlichen geben an, davor im selben Ausbildungsbetrieb bereits ein Praktikum absolviert zu haben.
- Berufsvorbereitung (n=63)
Zu diesem Zeitpunkt befinden sich noch 10 % des Schulabgangsjahres 2007 in einem berufsvorbereitenden Angebot (Vergleich November 2007: 27 %). Waren im ersten Jahr nach der allgemeinbildenden Schule vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund in Berufsvorbereitung, so schließt sich für überproportional viele männliche Jugendliche deutscher Herkunft ein zweites Jahr Berufsvorbereitung an.
- Erwerbslos/ohne Tätigkeit (n=41)
Während es 2008 als Erfolg verbucht werden konnte, dass nur 2 % aller Jugendlichen direkt nach der allgemeinbildenden Schule keinerlei Anschluss hatten, so ist ein Jahr später diese Zahl auf 6 % angestiegen. Überproportional in dieser Gruppe vertreten sind junge Männer aus der 2. Zuwanderergeneration. Jede/r Fünfte (ausschließlich Mädchen) gibt an, sich aufgrund einer Erkrankung in dieser Situation zu befinden.
- Arbeiten/Jobben/Praktika
22 Jugendliche befinden sich in unqualifizierten Arbeitsverhältnissen, 19 in Praktika o.Ä.

2. Wo befinden sich die Förderschulabsolvent/-innen im Herbst 2008?

- 83 % der Förderschulabsolvent/-innen waren im ersten Jahr nach Beendigung der Schule vorrangig in einem auf sie ausgerichteten Berufsvorbereitungsjahr. Ein Jahr später erhalten 57 % einen geförderten Ausbildungsplatz (n=32), 18 % verbleiben weiter in Berufsvorbereitung (n=10) und 14 % (n=8) sind ohne jeden Anschluss und Alternative.
- Förderschulabsolvent/-innen befinden sich damit nach wie vor überwiegend in einem geschützten Bereich des Ausbildungs- und Bildungssystems.
- Gleichzeitig entsteht eine Gruppe von jungen chancenarmen Menschen, die bereits zu diesem Zeitpunkt ohne jeglichen beruflichen Anschluss sind.

3. Jede/r Siebte bricht den eingeschlagenen Weg im ersten Jahr nach Ende der allgemein bildenden Schule ab (n=100).

- Hauptschulabsolvent/-innen brechen am häufigsten die Ausbildungsverhältnisse ab (14 %, n=40). Jede/r Zehnte (n=23) bricht das BEJ oder BVJ ab. 8 % (n=32) brechen den weiterführenden Schulbesuch ab.
- Der Zeitpunkt des Abbruchs ist in Ausbildungsverhältnissen und in der Berufsvorbereitung häufig frühzeitig (innerhalb der Probezeit) und am Ende des 1. Ausbildungsjahres bzw. Schuljahres. Diese Abbrüche, so lässt sich aus den Rückmeldungen der Jugendlichen sagen, erfolgen nicht aufgrund besserer

Alternativen.

- 70 % der Abbrecher/-innen (n=65) sind im November 2008 ohne eine Alternative bzw. jobben. Weitere 10 % überbrücken die Situation durch ein Praktikum.

4. Wie gelingt der Anschluss nach einem Jahr weiterführender Schule?

Die Stuttgarter Hauptschulabsolvent/-innen, so zeigte die 1. Folgebefragung, versuchen ihre beruflichen Perspektiven durch den Erwerb eines höheren Bildungsabschlusses, in der Regel des Realschulabschlusses, zu verbessern. 6,3 % wählen den Weg über den Besuch der 10. Klasse einer Werkrealschule. Zu großen Teilen (67 %) wird die 2-jährige Berufsfachschule besucht. Ob sich Bildungsambitionen für die jungen Menschen lohnen, kann deshalb zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend gesagt werden.

Knapp ein Fünftel der Jugendlichen erhält nach dem Besuch der 10. Klasse Werkrealschule einen Ausbildungsplatz. Während Mädchen deutscher Herkunft vermehrt nach einem Jahr Schulbesuch einen Ausbildungsplatz erhalten, gehen Migrantinnen verstärkt weiter zur Schule. Es stellt sich die Frage, ob für Migrantinnen die weitere Bildungsambition die zentrale Triebfeder ist oder ob sie nach wie vor schlechtere Chancen haben, Unternehmen von sich zu überzeugen.

5. Insbesondere die Anschlüsse an das BEJ und BVJ sind kritisch.

Von den 174 Jugendlichen, die im November 2007 in einem berufsvorbereitenden Angebot waren, befand sich der Großteil im BEJ (n=70) und BVJ (n=58).

- Jeweils ein Viertel dieser Jugendlichen finden nach dem berufsvorbereitenden Jahr einen Ausbildungsplatz bzw. gehen danach weiter auf eine Schule, um einen höheren Schulabschluss anzustreben.
- Bei 28 % der Jugendlichen (n=49) schließt sich nach einem Jahr Berufsvorbereitung nochmals eine berufsvorbereitende Maßnahme an. Für einige dieser noch jungen Menschen kann ein zweites Jahr Berufsvorbereitung eine notwendige Entwicklungsmöglichkeit für den eigenen Reifungsprozess darstellen und damit sinnvoll sein.
- 13 % der Hauptschulabsolvent/-innen und 16 % der Förderschulabsolvent/-innen bleiben nach der Berufsvorbereitung ohne jegliche Anschlussperspektive.
- Zählt man die Hauptschulabsolvent/-innen, die im Anschluss an ein BVJ/BEJ nochmals ein berufsvorbereitendes Angebot wahrnehmen (z.B. BvB) zusammen mit den Jugendlichen, für die sich keinerlei Anschluss ergibt, liegt der Anteil an unzufrieden stellenden Anschlüssen bei 41 % (n=72).

6. Ansprechpartner/-innen: Wer wird als hilfreich erlebt?

Auch zu diesem Zeitpunkt des Bildungsverlaufs werden Menschen im privaten Umfeld (Eltern, Peers etc.) von den Jugendlichen als bedeutsame Unterstützer/-innen wahrgenommen. Auszubildende geben drüber hinaus ihre/n Ausbilder/-in als wichtige Unterstützungsperson an. Jugendliche in den weiterführenden Schulen besprechen sich dagegen (ggf. mangels Gelegenheit) selten(er) mit anderen, wenn überhaupt werden die Lehrer/-innen genannt. Die Hälfte der Jugendlichen im BVJ oder BEJ geben an, sich mit Lehrkräften und Berufsberater/-innen zu besprechen, bewerten die Gespräche jedoch selten als

hilfreich. Das umgekehrte Muster findet sich für die Sozialarbeit an den beruflichen Schulen: hier geben zwar weniger Jugendliche Kontakte zur Sozialarbeit an, diese werden jedoch positiv bewertet.

Zusammenfassung:

1. Berufsausbildungen und der weitere Schulbesuch verlaufen verhältnismäßig stabil.
2. Die Anschlüsse nach einem Jahr Berufsvorbereitung stellen eine kritische Schnittstelle im Stuttgarter Übergangssystem dar.
3. Die Anzahl der Jugendlichen ohne jeglichen Anschluss (Ausbildung, Schule, BVJ/BEJ, Job) ist deutlich angestiegen (n=49).
4. Dieses „Herausfallen“ aus dem Ausbildungs- und Bildungssystem trifft die Absolvent/-innen der Förderschulen verschärfter als die ehemaligen Hauptschüler/-innen.

III. Schlussfolgerungen/Ansatzpunkte

Die Schlussfolgerungen und Ansatzpunkte aus den Ergebnissen der Studie wurden gemeinsam in der Steuerungsgruppe U25 entwickelt. Dabei haben die Mitglieder insbesondere Handlungsbedarfe entwickelt, die sich aus dem eigenen Verantwortungsbereich ergeben. Dementsprechend tragen sie Sorge dafür, einzelne der gesammelten Ideen im eigenen Zuständigkeitsbereich auch umzusetzen. Maßnahmen und Ideen, die in kommunaler Verantwortung umgesetzt werden können, wurden in einer Untergruppe der Steuerungsgruppe konkretisiert. Diese sind in den GRDRs 648/2009 (Regionales Übergangsmanagement) und GRDRs 682/2009 (Jugendberufshilfe) dargelegt.

1. Abbrüche verhindern – Stabilität in Ausbildungsverhältnissen gewährleisten

Unter den Abbruchquoten ist die Quote im Ausbildungssystem mit 14 % am höchsten. Dabei stellt sich das 1. Ausbildungsjahr als besonders kritische Hürde dar. Jugendliche sind hier besonders zu unterstützen, mit dem Ziel, dass sie das erste Jahr der Ausbildung, bzw. die gesamte Ausbildung, durchhalten. Darüber hinaus muss es Ziel sein, dass sich mehr Betriebe als bisher für Hauptschüler/-innen öffnen und sie als Ressource sehen (lernen).

- **Ansatzpunkt 1: Fortbildung für Ausbilder/-innen**
Die Ausbilder/-innen sind für die Azubis die wichtigsten Ansprechpartner/-innen. Entsprechend müssen diese Personen im Hinblick auf die Problemlagen der Zielgruppe und zum Erwerb von Handlungsstrategien im Umgang mit Themen wie Gewalt, Kriminalität und Drogen fortlaufend weitergebildet werden, um mit den Problemlagen und zum Teil schwierigen Verhaltensweisen von Jugendlichen zu Recht zu kommen. Sie müssen zudem darin unterstützt werden, für die Jugendlichen hilfreiche Strategien zu entwickeln und ihre Kenntnisse über unterstützende, entlastende (psychosoziale) Netzwerke auszuweiten.
- **Ansatzpunkt 2: Externes Ausbildungsmanagement**
Der Ansatz, in Konflikten zwischen Betrieb/Anleiter/-in und den Jugendlichen

geschulte externe Mediator/-innen vermittelnd hinzu zu ziehen (vgl. Projekt des Wirtschaftsministeriums), hat sich bewährt. Die Erfahrungen sind auf eine weitere Übertragbarkeit hin zu prüfen.

- **Ansatzpunkt 3: Lernhilfen zur Bewältigung der (theoretischen) Anforderungen in den Berufsschulen**
In Ausbildung befinden sich nicht primär die guten Schüler/-innen, sondern überproportional viele Jugendliche mit mittleren oder schlechteren Schulleistungen. Während die praktischen Anforderungen der Ausbildung für diese Jugendlichen meist kein Problem darstellen, treten bei den theoretischen Anforderungen in der Berufsschule häufig erhebliche Schwierigkeiten auf. Sie sind u. U. der Grund für einen Ausbildungsabbruch. U. a. die Erfahrungen der SeniorPartner im Projekt „startklar“, die die Jugendlichen über die allgemein bildende Schule hinaus auch in den Berufsschulen begleiten, zeigen, dass an dieser Stelle Lernhilfen stabilisierend wirken. Sie sind zu garantieren bzw. auszuweiten.
- **Ansatzpunkt 4: Zugänge von Jugendlichen zu ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) verbessern**
Betriebe lassen sich dann verstärkt auf Haupt- und ggf. auch Förderschulabsolvent/-innen ein, wenn sie sich unterstützt und entlastet wissen (z. B. wenn schwierige Familien- und Lebensverhältnisse des Jugendlichen die Arbeitsfähigkeit belasten, wenn Lernhilfen notwendig sind etc.). Zudem brauchen einzelne Jugendliche Unterstützung, um den Anforderungen der Ausbildung gewachsen zu sein. Die über die Agentur für Arbeit und den JobCenter angebotenen ausbildungsbegleitenden Hilfen stellen hierbei ein wichtiges Instrument dar. Im Rahmen der abHs werden auch Lernhilfen (s. o.) angeboten und finanziert. Die zu lösende Schwierigkeit ist, dass Jugendliche dieses Angebot nur begrenzt nutzen und zum Teil weniger als Unterstützung und mehr als Strafe oder Kontrolle ansehen. Hier ist zum einen mehr Informations- und Motivationsarbeit zu leisten. Zum anderen ist zu prüfen, ob im Rahmen der ausbildungsbegleitenden Hilfen Mentoren, die/der die Jugendliche bereits kennt, tätig werden können und somit kein Wechsel der Bezugsperson für die jungen Menschen notwendig ist.

2. Stabilität des Besuchs einer weiterführenden Schule unterstützen

Unsere Wissensgesellschaft lebt davon, dass junge Menschen Bildungsambitionen haben und dass sich gerade auch Jugendliche aus so genannten bildungsfernen Milieus für Bildung interessieren und entsprechende Anstrengungen auf sich nehmen. Diese Anstrengungen müssen unterstützt werden, insbesondere da 14% der Befragten angeben, sich in den Herausforderungen der weiterführenden Schule eher überfordert zu fühlen.

- **Ansatzpunkt: Ausbau der (professionellen) Unterstützung von bildungsambitionierten jungen Menschen**
Von den Rektoren/-innen der beruflichen Schulen wird zurückgemeldet, dass sich die Sozialarbeit an beruflichen Schulen zukünftig nicht mehr auf die BVJ- und BEJ-Klassen konzentrieren sollte, sondern allen Schüler/-innen zu Gute kommen müsste. Die Begründung dafür ist, dass auch Schüler/-innen in den zweijährigen Fachschulen Unterstützungsbedarf haben und sich deren Lebens- und Problemlagen nicht wesentlich von denjenigen der BEJ- und BVJ-Schüler/-innen

unterscheiden. Da hier keine Ressourcen zur Umverteilung vorhanden sind und auch die Kapazitäten des Netzes von ehrenamtlichen Mentoren begrenzt sind, müsste es um eine Ausdehnung von Personalressourcen gehen. Ggf. wäre eine Unterstützung durch das Kultusministerium im Rahmen eines Pilotversuchs anzustreben.

3. Berufsvorbereitung verbessern – Qualifizierte Anschlüsse garantieren –

Alternative modulare Ausbildungskonzepte entwickeln

Die Abbruchquote im Berufsvorbereitungs- oder Berufseinstiegsjahr in Stuttgart liegt mit 10 % (n=23) unter dem Bundes- und Landesschnitt. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes beendeten 2007/2008 in Baden-Württemberg durchschnittlich 22 % der Schüler/-innen das BVJ/BEJ vorzeitig oder ohne Abschlusszeugnis. Dies kann als Erfolg aller Beteiligten und nicht zuletzt der Sozialarbeit an den beruflichen Schulen angesehen werden. Gleichzeitig zeigen die Daten (13 % verlassen die Berufsvorbereitung ohne Perspektive, 28 % schließen ein 2. Jahr Berufsvorbereitung an) wie prekär der Anschluss an das BEJ und insbesondere an das BVJ ist. Es ist zudem zu erwarten, dass die mit der Wirtschaftskrise verbundene Krise am Ausbildungsmarkt spätestens im Jahr 2010 unmittelbar auf die berufliche Einmündung von Haupt- und Förderschüler/-innen durchschlägt. Anzunehmen ist, dass mehr (ausbildungsreife) Abgänger/-innen als zuvor, aufgrund des nicht ausreichenden Lehrstellenangebotes, in Berufsvorbereitung gehen (müssen) und noch weniger Jugendliche nach diesem Jahr der Anschluss in Ausbildung gelingt. Dieser Entwicklung muss die Kommune zusammen mit den beteiligten Akteuren aktiv entgegen steuern. Maxime müssen dabei sein:

1. Die Bemühungen, ausbildungsreife Jugendliche in eine Ausbildung zu vermitteln, müssen verstärkt werden. Junge Menschen sollen nicht vorschnell auf eine Übergangsmaßnahme verwiesen werden.
 2. Jugendliche mit weiterem Entwicklungs- und Unterstützungsbedarf („fehlende Ausbildungsreife“) sind noch optimaler durch individuelle Ansätze und durch eine bessere Abstimmung der Akteure und deren Maßnahmen zu fördern.
- Ansatzpunkt 1: Jugendlichen nach Abschluss der Berufsvorbereitung eine Ausbildungsperspektive garantieren.
Die kommunale Verwaltung prüft zusammen mit der Agentur für Arbeit und dem JobCenter Möglichkeiten, wie über bestehende Instrumente den jungen Menschen nach erfolgreichem BEJ/BVJ eine Anschlussperspektive garantiert werden kann, die als Ausbildung anerkannt wird.
 - Ansatzpunkt 2: Alternative Ausbildungskonzepte entwickeln und in nachhaltige Strukturen überführen.
Für Jugendliche, denen nach einem Jahr Berufsorientierung die Bewältigung der Anforderung einer regulären Ausbildung nicht zugetraut wird oder deren Lebensumstände das Absolvieren einer Vollzeitausbildung nicht ermöglichen, sollen ein Angebot der modularen Ausbildung erhalten. Entsprechend wird die Verwaltung darauf hinwirken, dass flexible, modulare Angebote, insbesondere in Teilzeit, ausgeweitet werden.

- **Ansatzpunkt 3: Betreuung und Begleitung während der Berufsvorbereitung im BEJ/BVJ ausbauen**
Die Zusammenarbeit von Lehrkräften, Berufsberatung, Sozialarbeit und Wirtschaft innerhalb der Berufsvorbereitung im BEJ/BVJ muss bezüglich Entwicklungsmöglichkeiten und Verbesserung der individuellen Betreuung überprüft werden. Gleichzeitig gilt es, die Nachbetreuung durch die Sozialarbeit sicherzustellen.

4. Zugänge zu Jugendlichen finden, die ohne Anschlussperspektive sind und aus dem Ausbildungs- und Bildungsnetz „herausfallen“

Im ersten Jahr nach Beendigung der Hauptschule hat eine Anzahl von Jugendlichen verschiedene Stationen (Ausbildung, Schule, Berufsvorbereitung) abgebrochen. Zum Teil werden Anschlüsse gefunden, zum Teil nicht. Deutlich wird, dass verstärkt Hauptschul- und Förderschulabsolvent/-innen im Anschluss an das berufsvorbereitende Jahr „verloren gehen“.

Im vorausgegangenen Punkt 3 wurden verschiedene Ansatzpunkte entwickelt, die darauf abzielen, diesen Jugendlichen ein ausbildungsanaloges Angebot zu machen und dieses auf deren Talente und Lebensbedingungen abzustimmen. Darüber hinaus sind weitere 2 Ansatzpunkte zu formulieren:

- **Ansatzpunkt 1: Etablierung von Konzepten mit aufsuchendem Charakter**
Für Jugendliche, die keine beruflichen Perspektiven entwickeln konnten und zu denen es keinen Kontakt mehr gibt, sind Konzepte aufsuchender Arbeit und intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung zu entwickeln. Das JobCenter hat ab Herbst 2009 ein Pilotprojekt aufgelegt, das in diese Richtung geht. Dieses Projekt sollte extern evaluiert werden, um genaue Erkenntnisse über die Zielgruppe und die Wirksamkeit des Programms zu erhalten. Bei der Entwicklung aufsuchender Arbeit sind systematisch die Erfahrungen der Mobilien Jugendarbeit und deren Zugänge zu Jugendlichen einzubinden.
- **Ansatzpunkt 2: Bildungsbiografien untersuchen**
Für die Entwicklung neuer passgenauer Angebote für Jugendliche, die aus dem Bildungssystem gefallen sind, ist es notwendig, mehr Wissen über die Heterogenität der Zielgruppe, Hintergründe und Rahmenfaktoren zu erhalten. Neben einer Untersuchung der Bildungsbiografien der Jugendlichen, die sich in Jungarbeiter/-innenklassen befinden („Sammelbecken“ für Jugendliche, die weder eine Ausbildung absolvieren noch eine weiterführende Schule besuchen und 1x wöchentlich ihre Berufsschulpflicht erfüllen müssen), sollten bei JobCenter und der Agentur für Arbeit dokumentierte Verläufe dieser Zielgruppen ausgewertet werden.

Beteiligte Stellen

Haushalts- und stellenplanrelevante Entscheidungen können erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen getroffen werden.

Vorliegende Anträge/Anfragen

Michael Föll
Erster Bürgermeister

Gabriele Müller-Trimbusch
Bürgermeisterin

[DJI-Bericht der 2. Folgebefragung](#)

[zum Seitenanfang](#)